

Hans Wührer

Herausforderung Arbeitslosigkeit

Der „Voest-Pfarrer“ schildert, wie die Voest-Gemeinde versucht hat, den Mitarbeitern der Voest in einer besonders kritischen Zeit beizustehen. – Im Anschluß daran folgt noch ein anonymen Erfahrungsbericht eines von Arbeitslosigkeit betroffenen Stahlarbeiters.

red

Gegen Jahresende 1985 schockte eine Nachricht die österreichische Öffentlichkeit, wie es m. E. nie zuvor eine Wirtschaftsmeldung getan hat: Die Voest-Alpine AG (Vereinigte Österreichische Stahlwerke), der größte Industriekonzern des Landes, würde im laufenden Geschäftsjahr Verluste in nie dagewesener Höhe verzeichnen (es wurden schließlich 11,75 Mrd. S). Speziell aufregend war die Enthüllung, ein Gutteil der Verluste wäre zurückzuführen auf umstrittene Ölspekulationsgeschäfte des VA-Handelshauses Intertrading.

Ein Dreivierteljahr nach Bekanntwerden der exorbitanten Verluste stellte die neue Geschäftsleitung (der alte Vorstand war über die Ölgeschäfte gestolpert und mußte den Hut nehmen) im September 1986 ihr neues Unternehmenskonzept, genannt „Voest-Alpine Neu“, vor.

Laut Auftrag der Bundesregierung war das neue Konzept zu erstellen nach betriebswirtschaftlichen Überlegungen, d. h., daß keine Rücksichten mehr genommen werden müßten bzw. dürften auf Grundsätze, die bislang in der Verstaatlichten gewisse Gültigkeit hatten, wie volkswirtschaftliche, regional-, konjunktur- und sozialpolitische Anliegen.

Es nahm daher nicht wunder – und traf die Belegschaft doch wie ein Keulenschlag –, daß im Zuge einer kurzfristigen Verlustfreimachung das Unternehmen allein am Standort Linz 5600 Mitarbeiter „freisetzen“ müßte; im Gesamtbereich sprach man von einer Personalreduzierung um 10.000 Mitarbeiter, wobei diese Zahlen inzwischen nach oben revidiert wurden.

Damit war für die Voestler eine Welt zusammengebrochen:

– Sie wußten sich im Besitz von sehr sicheren, krisenfesten Arbeitsplätzen – und nun begann Angst, wirkliche Existenzangst, sich breitzumachen.

– Als eine Folge dieser Angst war eine Zeitlang ein Klima des Mißtrauens, ein Hang zum Einander-Ausspielen, ja Denunzieren spürbar, was als Entsolidarisierungsprozeß bitter beklagt wurde.

– Der Stolz, das Selbstbewußtsein, einem Parade-Unternehmen mit weltweitem Prestige anzugehören, wich der Demütigung, nun plötzlich Bettelknabe zu sein, ja von vielen Landsleuten als Schmarotzer der Nation beschimpft zu werden . . .

Nie war es für uns als christliche Betriebsgemeinde und für mich als Betriebs-Seelsorger eine Frage, ob wir auf eine solche Herausforderung, wie es die „Voest-Krise“ war und ist, zu reagieren hätten. Die Frage war nur, wie. Schnell mußten wir den Gedanken fallenlassen, eine Art Auffangbecken für Gekündigte bilden zu können; das hätte uns in jeder Hinsicht restlos überfordert, zumal wir außerstande waren, den jeweils vorherrschenden Wunsch nach einem neuen Arbeitsplatz zu erfüllen.

Im folgenden will ich eine Darstellung verschiedenartiger Initiativen und Aktivitäten unsererseits geben, wobei die Reihung am ehesten chronologisch zu verstehen ist.

– Des öfteren befaßten wir uns in Gottesdiensten mit der Thematik, etwa bei der Bischofsvisitation, zum 1. Mai, ganz besonders aber bei den Barbara-Feiern (Totengedenkfeiern für die verstorbenen und verunglückten Kollegen/innen eines Jahres, mit etwa 1000 Mitfeiernden, z. T. auch aus höheren Werks- und Gewerkschafts-Etagen). Einladungen für diese Feiern werden breit im Werk verteilt (10.000); sie bringen neben der „Statistik“ das Motto der jeweiligen Feier (1986 hieß es: „Wer heute den Kopf in den Sand steckt, knirscht morgen mit den Zähnen“), werden gerne angenommen und diskutiert.

– Als eigene Gruppe marschierten wir mit beim großen Demonstrationzug der Verstaatlichten und Gemeinwirtschaft für die Erhaltung der Verstaatlichten Industrie am 16. Jänner 1986. Viel Zustimmung fand unser Transparent mit den verkehrten Bremer

Stadtmusikanten. Diözesanbischof Aichern wäre gern unserer Einladung gefolgt, an der Abschlußkundgebung teilzunehmen; da er verhindert war, ließ er sich vertreten.

– Wir schrieben Briefe. Ich richtete einen an alle Pfarrer in der Diözese, eine Gruppe von Voestlern aus der Gemeinde schrieb einen „offenen Brief von Christen an die Christen von Oberösterreich“. Wir versuchten darin aufzuzeigen, wie bitter sich Voestler beklagen über Schimpf, Schadenfreude und Verleumdung, denen sie vielerorts ausgesetzt seien; wir machten auf das Trauerspiel aufmerksam, daß Arbeitnehmer der Verstaatlichten und der Privatwirtschaft gegeneinander ausgespielt würden, die Spaltung der Arbeiterschaft vertieft, die Verstaatlichte insgesamt in Mißkredit gebracht würde und daß die Gefahr bestünde, daß die Krise (genau wieder) auf dem Rücken der Kleinsten und Schwächsten ausgetragen würde. Schließlich stellten wir die Frage, was denn der Grundsatz von Laborem exercens, „Die Arbeit hat Vorrang vor dem Kapital“, in unserer prekären Situation bedeuten könnte.

– In einigen Informations- und Diskussions-Veranstaltungen mit Betriebsräten boten wir die Möglichkeit, sich Wissen aus erster Hand zu verschaffen, und zwar in beiden Richtungen, so daß also auch die Belegschaftsvertreter sehr ungeschminkt die Ungeduld, Empörung und Unzufriedenheit ihrer Belegschaft zu hören bekamen.

– Wenige Tage nach Veröffentlichung des „Sparkonzeptes“ lud die Gemeindeleitung zu einer Gemeinde-Versammlung, als deren wesentlichstes Ergebnis eine Erklärung verabschiedet wurde, die die wichtigsten Anliegen der Voest-Mitarbeiter enthielt und die in der Öffentlichkeit relativ starke Beachtung fand: Rundfunk und Kirchenzeitung berichteten ausführlich, die meisten oberösterreichischen Tageszeitungen kurz. In seiner ersten öffentlichen Stellungnahme zur Krise sprach auch Diözesanbischof Aichern ganz in unserem Sinn und verwendete teilweise wörtlich unsere Erklärung. Innerhalb kürzerer Zeit hatte ich dann als Betriebsseelsorger des öfteren die Gelegenheit, im ORF sowie in großen Tageszeitungen unseren Standpunkt zur geplanten Sanierung (durch Massenkündigungen, Privatisierung, Betriebsstillegun-

gen u. ä.) und überhaupt zur Arbeitslosigkeit und den sich abzeichnenden Weg in die „Zweidrittel-Gesellschaft“ zu vertreten und zu begründen. Aufgrund vieler Rückmeldungen weiß ich, wie sehr Werksangehörige (und darüber hinaus) diese Verteidigung ihrer berechtigten Interessen als Solidaritätsakt zu schätzen wußten und wissen.

– Eine Pastorkonferenz aller Linzer Dekanate beschäftigte sich mit der Voest-Krise, ich wurde zu Predigten, Studientagen, Vorträgen und Diskussions-Veranstaltungen eingeladen, wobei es immer wieder um eine Analyse und die sich aus dem Evangelium und der christlichen Soziallehre ergebenden Konsequenzen ging: Im wesentlichen das Teilen der Arbeit und eine gerechtere Aufteilung der Einkommen.

– Natürlich waren die Vorgänge in der Verstaatlichten und im speziellen das Schicksal der Arbeitslosen Hauptthema unserer Betriebsgemeinderats-Sitzungen und der „Runden“, wie wir unsere festen Gruppen nennen. Hier kamen wir auch am ehesten über das bloße Diskutieren hinaus und konnten so manche konkrete Hilfe „organisieren“.

– Ein wenig konnte ich beratend tätig sein bei der Einrichtung einer Art „Krisenintervention“ im Werk. Und einigermaßen stolz bin ich auf eine andere „Mittäterschaft“, nämlich bei der Gründung einer überparteilichen Bürgerinitiative „Solidarität mit der Verstaatlichten und der Gemeinwirtschaft“.

Ein Voestler

Wie erlebe ich den Personalabbau in meiner Umgebung

Eigentlich war ich mir meines Arbeitsplatzes in den vergangenen Jahren immer sicher. Dies bestimmte auch zum Teil meine Haltung, meine Fröhlichkeit, mein Umgehen mit den anderen und mit mir. Meldungen über Personalabbau und die Frage der Arbeitslosigkeit gingen an mir vorbei, und ich war mir dieser Tragik nicht bewußt.

Vor ca. zwei Jahren kamen die ersten Vorzeichen: weniger Arbeit, Kurzarbeit, Umschulungsmaßnahmen usw. Man sprach

auch von Kündigungen. Zuerst wurde versucht, Arbeiter und Angestellte im ganzen Werk unterzubringen. Aber wer soll denn jemanden aufnehmen, wenn er selbst abbauen muß?

Es geistern Listen herum, auf denen Namen von (angeblich) Gekündigten stehen. Aber keiner weiß wirklich, wen es treffen wird. Ja, wenn wenigstens mehr Arbeit da oder in Aussicht wäre! Oft halte ich die Spannung nicht mehr aus; mein Magen tut so weh, daß ich mich für Stunden niederlegen muß. Viele Kollegen kündigen selber, sind bedrückt, manche laufen und hasten viel, um ja nicht aufzufallen. Manche bekommen die Verständigung, daß sie nicht mehr gebraucht werden; viele sind froh, daß die Ungewißheit ein Ende hat, wirken eher gelöst – und ich warte wieder, ob ich beim nächsten Schub dabei sein werde. Es kommen nicht nur Junge dran, auch bei den Älteren trifft es einige. Ich bekomme so manchen Anruf, ob ich da oder dort intervenieren kann. Der eine droht mit Selbstmord, dem anderen stürzt die Welt zusammen, manche sind mitten im Hausbauen – und plötzlich ohne Arbeit.

Und immer wieder trifft es die „Kleinen“, während es innerhalb der Betriebsleitung keinerlei Abbau gegeben hat, obwohl in den letzten drei Jahren insgesamt ein Abbau von ca. 60% stattgefunden hat. (Vor drei Jahren waren wir noch ca. 2400 Mitarbeiter.)

Jetzt ist wieder eine Beratungsfirma damit beschäftigt, zu untersuchen, wie viele Leute noch zuviel „herumlaufen“. Und viele warten wieder gespannt auf das Ergebnis. Wieder ein Bangen und Hoffen, eine Unsicherheit, die schwer auszuhalten ist, die demotivierend wirkt.

Ich habe mir die Situation nie so schwer vorgestellt, muß aber jetzt damit leben. Oder ich versuche es zumindest, mich mit dem Gedanken abzufinden, daß auch ich ohne Arbeit dastehen werde.

Ernst Gutting

„Nur noch die Kirche kann uns helfen“

Kirche im Dienst des Menschen

Im folgenden schildert Weihbischof Gutting kurz, wie mit Hilfe der Kirchen die Schließung eines Flugtechnischen Werkes in Speyer verhindert werden konnte. Vor allem aber bietet er Begründungen, warum sich die Kirche – bis hinauf zur Kirchenleitung – in solchen Fällen für die Rechte der Arbeiter einsetzen muß.

red

Am 3. Dezember 1975 kamen der Betriebsratsvorsitzende und eine Abordnung des Betriebsrates von den Vereinigten Flugtechnischen Werken (VFW) zu mir, um mich über die neuesten Pläne der Zentralgesellschaft von VFW-Fokker und die daraus sich ergebenden Folgen für das Werk Speyer zu informieren. Die Belegschaft des Speyerer Werkes war bereits von rund 1700 Arbeitnehmern auf 1350 reduziert worden. Die Aufhebung von weiteren 900 Arbeitsplätzen war geplant. Für Sachkundige in diesem Bereich war es völlig klar, daß dies im Grunde das Todesurteil für das VFW-Werk Speyer bedeutete.

Die wichtigste, mich im Gewissen aufschreckende Feststellung bei diesem Gespräch war die Aussage des Betriebsratsvorsitzenden: „Jetzt kann uns nur noch die Kirche helfen.“ Damit war der Startschuß zum Einsatz der Kirche für die Erhaltung der Arbeitsplätze bei VFW in Speyer gefallen. Es begannen die Initiativen, von den Kirchen gemeinsam getragen, die nach dreijährigem Kampf gegen die geplanten Betriebseinschränkungen den Sieg wirtschaftlicher Prinzipien über sittliche Prinzipien verhinderte. Im Rückblick auf die Möglichkeit und Notwendigkeit dieses Einsatzes der Kirchenleitungen in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Laien und Organisationen in diesem Bereich sprach man bald außerhalb unseres Bistums vom „Modell Speyer“. Die Ängste und Sorgen der unmittelbar bedrohten Arbeiter, ihrer Familien und der Bevölkerung einer Stadt und ihrer Umgebung sind nun gebannt. Wenn das Werk Speyer erhalten blieb